Rechte agieren im Interesse großer Konzerne

Ein Blick in die Geschichte zeigt mehr als eindeutig, dass die rechte und faschistische Bewegung der ArbeiterInnenklasse nichts Positives zu bieten hat. Überall dort, wo ihr Einfluss - aktuell wie historisch - steigt oder sie sogar an die Macht kommen, nimmt die Ausbeutung der ArbeiterInnen massiv zu. Gleichzeitig mit unserer Ausbeutung steigen die Gewinne der großen Unternehmen und Monopole drastisch. Egal, ob es um Abstriche bei unserem Lohn, oder Urlaubsansprüchen, um steigende Arbeitsintensität, den Abbau von Arbeitsrechten oder dem Abbau von Grundrechten geht - für all das stehen letztendlich die Faschisten.

Was tun gegen Rechte in sozialen Bewegungen?

Das wohl Wichtigste, was es zu beherzigen gibt, ist, dass wir uns nicht von Faschisten aus den sozialen Bewegungen drängen lassen oder noch schlimmer, dass wir insbesondere bei spontanen Protesten und Bewegungen diesen nicht fernbleiben, weil dort ja auch Rechte auftauchen (können). Diese Option gibt es für uns nicht!

Wir haben als ArbeiterInnen die gleichen Interessen, egal welche Hautfarbe wir haben

Überall dort, wo Faschisten in sozialen Bewegungen auftauchen, müssen wir versuchen, diese zu isolieren, damit ihre rassistische und sozialchauvinistische Propaganda die ArbeiterInnenklasse nicht weiter spalten kann, sondern wir vereint gegen unsere Feinde, welche uns ausbeuten und niederhalten, kämpfen können.

Gleichzeitig müssen wir über die Folgen faschistischer Politik und Propaganda aufklären, um sie effektiv und dauerhaft aus den Kämpfen unserer Klasse um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen ausschließen zu können.

Dafür gilt es, sich selbst aktiv um die eigenen Interessen zu kümmern, sich zusammenzuschließen und soziale Bewegungen von unten aufzubauen.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer-Str. 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Foto 1 : pixabay.com
Foto 2: facebook.com/SoliNetzKoeln
Foto 3: facebook.com/wirgegenaltersarmutfr

PERSPEKTIVE»
Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 37 | April 2020 www.perspektive-online.net

Schutz der Menschen, nicht der Profite!

– Von Tim Losowski –

Die Corona-Epidemie hat zu einer radikalen Veränderung des Lebens in Deutschland geführt: Wir dürfen nicht mehr in Gruppen auf die Straße, unsere Kinder nicht mehr auf dem Spielplatz spielen. Grund dafür ist auch ein Gesundheitssystem, welches jahrelang kaputt gespart wurde und dessen Kapazitäten begrenzt sind. Doch während wir alle sozialen Kontakte abbrechen müssen, sollen wir weiter zur Arbeit gehen. Das zeigt: Für dieses System steht der Profit vor dem Menschen.

Die Pandemie hat Deutschland relativ unvorbereitet getroffen. Obwohl jeder Notfall-Plan für eine Virus-Ausbreitung klare Vorgaben macht, fehlten schon sehr früh Atemschutzmasken und Desinfektionsmittel in den Krankenhäusern. Warum sie nicht da waren, ist unklar – vielleicht wären die Lager zu „teuer“ gewesen.

Die Krankenhäuser waren schlecht vorbereitet. Nicht, weil die Pflegekräfte oder Ärzte dort einen schlechten Job machen. Im Gegenteil: Sie schuften jeden Tag in Schichtdiensten, um unsere Gesundheit zu retten – unter miserabelsten Arbeitsbedingungen. Doch obwohl schon seit Jahren über Pflegenotstand diskutiert wird, ist sehr wenig passiert. Während in Deutschland auf eine Pflegekraft 13 PatientInnen kommen, sind es in den Niederlanden gerade einmal 7.

Die einflussreiche Kapital-nahe Bertelsmannstiftung, welche Politikern schon mal ganze Gesetze schreibt, hatte im Juli 2019 sogar vorgeschlagen, die Hälfte aller Krankenhäuser zu schließen!

Eine gewichtige Ursache für die Einschränkung unserer Bürgerrechte, die jetzt stattfindet, können wir also darin finden, dass das deutsche Gesundheitssystem schlicht zu wenig ausgebaut, zu kaputt war! Aus diesem Grund musste die Ausbreitung der Epidemie verlangsamt werden, um einen Kollaps zu verhindern. Dies schien nur durch heftige staatliche Einschränkungen möglich.

Kontaktverbot – erstmals seit dem Hitler-Faschismus

Mittlerweile wurde über uns ein Kontaktverbot verhängt. Wir dürfen nicht mal mehr mit zwei Freunden joggen gehen, Kinder dürfen nur sehr eingeschränkt spielen. Während jedoch das soziale Leben so stark eingeschränkt wird wie nie, bleiben viele Betriebe offen – auch solche, die nicht unbedingt notwendig sind.

Dabei sind dies wahre Infektionsherde. Es sind Orte, an denen Menschen – oftmals durch den Arbeitsprozess bedingt – dicht an dicht arbeiten, an denen sie aus verschiedenen Teilen der Stadt oder des Landkreises zusammenkommen.

Warum werden diese Betriebe nicht geschlossen? Zum einen gibt es kleine Betriebe, die kurz vor dem Ruin stehen und es sich nicht leisten können, zu schließen. Zum anderen gibt es aber auch die Großbetriebe, welche weiter Profit machen wollen – komme, was wolle! Beide Seiten treibt aber das eherne Gesetz des Kapitalismus an: Der Profit ist alles.

Dieses Wirtschaftssystem wird uns nun zum Verhängnis.

Coronakrise verschärft die Wirtschaftskrise

Der Kapitalismus zeigt sein wahres Gesicht nicht nur in der Coronakrise. Auch die aktuelle Wirtschaftskrise ist ein Produkt dieses Systems. Die Wirtschaftskrise war schon vor Corona da und wurde nicht durch die Epidemie ausgelöst – auch wenn uns das gerade alle erzählen wollen.

Der Kapitalismus bringt gesetzmäßig alle paar Jahre solch eine Krise hervor. Dann gehen einige Unternehmen pleite, andere reißen sich diese Unternehmen unter den Nagel – fressen oder gefressen werden.

Auf der Strecke bleiben die ArbeiterInnen. Wir verlieren unsere Jobs und werden von Existenzängsten geplagt. Viele Millionen Menschen fragen sich derzeit: Wie soll ich meine Miete bezahlen?

Widerstand in der Krise

In dieser schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten kommt den Kapitalisten das „Kontaktverbot“ gerade recht. Es führt dazu, dass sich nur wenige trauen zu protestieren. Dadurch können die Chefs und auch der Staat ihre Angriffe quasi widerstandslos durchführen. Doch wir haben noch Möglichkeiten, uns zu wehren!

Im besonders betroffenen Italien sind tausende ArbeiterInnen in den Streik getreten. Ihr Motto: „Wir sind kein Schlachtvieh. Auch wir wollen zu Hause bleiben“. Sie fordern, dass nur noch lebensnotwendige Waren ausgetragen werden und auch ihr Leben - und damit auch das der ganzen Gesellschaft - respektiert wird. Auch in Deutschland gab es schon erste Arbeitsniederlegungen.

Zudem sind in vielen Stadtteilen Solidaritätsinitiativen entstanden, welche nachbarschaftliche Hilfe für Menschen in Quarantäne oder Menschen aus Risikogruppen organisieren. Solche Initiativen sind notwendig! Gleichzeitig darf dabei nicht untergehen, dass wir politische Forderungen haben. Diese sollten wir zeigen – ob durch Transparente, in den sozialen Medien oder im Zweifel auch mit Masken, Handschuhen und Sicherheitsabstand auf der Straße.

Rechte versuchen, soziale Bewegungen zu unterwandern: Was tun?

– Von Kevin Hoffmann –

Gründe, sich gegen Ungerechtigkeit und Missstände in unserem Land und der Welt zu engagieren und für soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung unserer Lebensgrundlage einzustehen gibt es mehr als genug. Immer öfter trifft man dabei jedoch auf Initiativen und Gruppen, die sich als faschistisch herausstellen oder von Rechten unterwandert werden. Was können wir tun?

Beispiele, in denen Rechte und Faschisten in den vergangenen Monaten versucht haben, in sozialen Bewegungen Fuß zu fassen, gibt es zahlreich. So zuletzt bei der Bewegung „Fridays gegen Altersarmut“, bei der sie sowohl digital, aber auch bei Kundgebungen versuchten, ihre rassistische und ausländerfeindliche Propaganda loszuwerden. Anstatt Lösungen für die eigentlichen Probleme anzubieten, spalten sie jedoch die Gesellschaft und uns ArbeiterInnen nur noch weiter.

Ähnlich sieht es bei einigen Initiativen aus, welche Essen und Hilfe für Wohnungs- und Obdachlose anbieten. Allerdings nur für deutsche. Auch bei der Solidarität mit von Corona betroffenen Menschen versuchen Rechte mitzumischen.

Ähnliche Versuche von Faschisten, in sozialen Bewegungen Fuß zu fassen, können wir seit längerem beim Umwelt- und Tierschutz unter dem Motto „Umweltschutz ist Heimatschutz“ beobachten. Ebenso versuchen die Rechten rund um die AfD seit Jahren mit angeblichen Gewerkschaften wie „Zentrum Automobil“, sich Stück für Stück auch in den Betrieben auszubreiten und diese zu erobern. Aufgrund der massiven Enttäuschungen vieler ArbeiterInnen von dem nternehmensfreundlichen Handeln der DGB-Gewerkschaften haben sie damit sogar einen gewissen Erfolg.